

Ausschreibung in Hamburg:

## **„Wir wurden gerupft wie eine Ente – aber Federn mußten auch andere lassen“**

März 1998: Die Hamburger SPD steht unter Druck – ihre Senatorin für Arbeit, Gesundheit und Soziales muss ihren Hut nehmen. Sie hatte ihrem Ehemann, dem Geschäftsführer einer Stiftung, ein Projekt zu schenken wollen, das ihre Behörde bereits einem anderen Träger verbindlich angedient hatte. Der Flurschaden dieser Patronage in SPD-Kreisen für die frisch gebackene rot-grüne Regierung war gewaltig. Zur Begrenzung dieses Schadens brauchte man ein neues Gesicht. Der Bürgermeister fand eins in Gewerkschaftskreisen. Karin Roth, Gewerkschaftsfunktionärin, von den Kollegen liebevoll „Stalina“ gerufen, sattelte um auf das Pferd Regierung und kündigte für die Zukunft Transparenz, Wirtschaftlichkeit und frischen Wind im sozialpolitischen Bereich an.

Wie versprochen, so getan. Mit einer Dienstanweisung vom 24. März 1998 kündigte sie die Ausschreibung seit Jahren bestehender Einrichtungen im Drogenbereich an. Pikant an der Auswahl der Betroffenen: es handelte sich um eine Vierer-Bande von Einrichtungen, die sich als kritische Begleiter der Drogenpolitik des Hamburger Senats in der Stadt einen Namen gemacht haben. Alle vier Einrichtungen hatten sich im AHD (Anbiatergemeinschaft Hamburger Drogenhilfeeinrichtungen) zusammen geschlossen und als Verbund wider den Stachel des Mainstreams in der Debatte um Qualitätsstandards, Absenkung der finanziellen Ressourcen im Namen von Rahmenvereinbarungen, gelockt. Wortgewaltig klammerte die Senatorin zugleich höchst umstrittene, Millionen schwere SPD- protegierte Projekte im Beschäftigungsbereich („Hamburger Arbeit“) von solchen Ausschreibungen aus, weil diese durch „rot-grüne Koalitionsvereinbarungen“ Tabu seien und „Anspruch auf Kontinuität hätten“.

Das Timing der Ausschreibung war perfekt. Vor dem medialem Sommerloch sollte eine Entscheidung her. Sie kam und war deutlich. 22 (!) Träger bewarben sich auf insgesamt fünf Projekte (Palette e.V. drei, jeweils eins von freiraum hamburg e.V., Ragazza e.V. und Die Brücke e.V.) Unter den Bewerbern für die Mini-Einrichtung von freiraum hamburg e.V. mit einem rd. DM 400.000 Etat auch das Milliardenunternehmen Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK), deren Aufsichtsratsvorsitzende die Senatorin Karin Roth ist. „Schwerst erklärungsbedürftig“ formulierte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU: der LBK verfüge über keinerlei Erfahrung in dem anvisierten Tätigkeitsfeld, so dass für ihn die Frage auftauche, ob der LBK zu einer Bewerbung gedrängt worden sei. Filz-Verdacht machte die Runde, die Öffentlichkeit war sensibilisiert und der LBK aus dem Rennen.

## **Das Rupfen geht los**

Im Juni 1999 war klar: Die akzeptanz-orientierten Wortführer der „Vierer-Bande“, freiraum hamburg e.V. und Palette e.V. verloren je eine Einrichtung an erklärte clean-Einrichtungen; freiraum hamburg e.V. an eine eGmbH aus Bremen, die über keinerlei Erfahrungen mit dem Betrieb von Fixerräumen verfügte und in einem Stadtteil Hamburgs ein Angebot machen sollte, den sie nur aus dem Stadtplan kannte. Anders freiraum hamburg e.V.. Dieser Verein verfügte durch jahrelange Arbeit in einem zum Fixerraum umgebauten Linienbus über Akzeptanz und Umfelderfahrung in dem Quartier, und hatte mit der ausschreibenden Behörde bereits die fachgerechte Ausstattung fester Räumlichkeiten und den Umzug geplant und vorbereitet.

Palette e.V. verlor eine Einrichtung der psychosozialen Therapie / Betreuung von Substituierten mit dem europaweit einzigartigem Schwerpunkt für Schwangere und Mütter mit kleinen Kindern, der eng und erfolgreich mit Gynäkologen und Kinderkrankenhäusern kooperierte und manche Trennung von Mutter und Kind verhindern konnte. Den Zuschlag erhielt Jugend hilft Jugend e.V., der sich nicht auf den Schwerpunkt der betroffenen Palette beworben hatte, sondern mit einem Schwerpunkt Arbeitsprojekte für Substituierte die Ausschreibung gewann. Damit ist im Falle der Palette faktisch ein drogenpolitischer Schwerpunkt mit 180 KlientInnen und 16 Beschäftigten zerschlagen worden, der hohe Anerkennung insbesondere im Bereich der Krankenhäuser genoss. Das sollte Folgen haben.

## **Rudern können an der Küste viele**

Vor dem Hintergrund einer seit vierzig Jahren regierenden SPD mit Seilschaften entlang der jeweiligen Hausmacht der SPD-Linken und Rechten, sahen nahezu alle relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen in der Stadt in Ausschreibungen eine wirkungsvolle Alternative zur „Vergabe-Praxis“ von Projekten durch die Filz-verdächtige sozialdemokratische Hochburg BAGS ( Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales ). Die Wohlfahrtsverbände ( DPWV ) und Diakonisches Werk ( DW ), Gewerkschaften wie die ötv, die oppositionelle CDU ebenso wie die regierende GAL erhofften und versprachen sich von Ausschreibungen mehr Transparenz und damit öffentliche Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen. Die SPD hoffte damit dem Filz-Gerede zu entkommen.

Das reale Ergebnis der Ausschreibung sorgte für einen gehörigen Schock: sie mussten erleben, wie im Namen von Transparenz, Wettbewerb, Wirtschaftlichkeit und Innovationsfähigkeit unbequeme Träger mit dem Instrument der Ausschreibung abgestraft, wirtschaftlich gefährdet und als Träger bestimmter ideeller Werte aus dem Hilfesystem verbannt werden können. Wer kurzerhand die Akzeptanzphilosophie gegen die Cleanphilosophie austauscht, macht möglicherweise auch vor dem Diakonie-Ansatz nicht halt; dem Subsidiaritätsprinzip und dem Wunsch- und Wahlrecht des Klientels drohten zumindest Schrammen – ein gerade für die Diakonie nicht angenehmer Gedanke. Es wurde also schleunigst und kräftig zurück gerudert. Dies spätestens, als der Presse ein vertrauliches Behördenpapier zugespielt und getitelt wurde, „Wirbel um Roths Geheimplan : Senatorin will bis Dezember 2002 fast alle Hilfsprojekte neu ausschreiben....Von der geplanten BAGS-Marge 2002 sind Hunderte Mitarbeiter sozialer Einrichtungen, Tausende Patienten, Klienten und Hilfeempfänger betroffen. Im Hin-

blick auf die von der BAGS bereits getätigten Ausschreibungen und Neuvergaben auch bestehender Einrichtungen, müssen sich alle auf chaotische Zeiten einrichten“. Dieses Papier fest im Blick fragte das Hamburger Abendblatt die Senatorin „Eine politisch tödliche Nummer ? „

Zu freiraum hamburg e.V., deren Ausschreibung offiziell mit dem Umzug vom Bus in feste Räume begründet wurde, äußerte sich der drogenpolitische Sprecher der Grün-Alternativen Liste ( GAL ) öffentlich, „man kann nicht ein Projekt ausschreiben, nur weil es sich räumlich verändert“ oder wie im Fall der Palette, „der spezifische Ansatz, die Behandlung drogensüchtiger Frauen und junger Eltern kam überhaupt nicht ( in der Ausschreibung ) vor“. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD empfand das Vorgehen der Behörde „wie einen Tritt vor das Schienbein“ von freiraum hamburg e.V. und Palette. Der ötv-Vorsitzende sah durch das Vorgehen der Behörde „schweren Schaden“ für das Instrument der Ausschreibung angerichtet. Das Diakonische Werk stellte fest, es sei „nicht bereit, sich vom gesetzlichen Gebot der Zusammenarbeit abdrängen zu lassen und sich in ein System des einseitigen und totalen Dirigismus einzufügen“.

### **Wer rudert kennt auch Wellen**

Die Wellen schlugen also hoch und wurden noch höher durch eine enorme Welle der Solidarität mit freiraum hamburg e.V. und Palette e.V. aus Bevölkerungs- und Berufskreisen, die eher zurückhaltend und zögerlich sind, wenn es um öffentliche Erklärungen geht. Am 31. August 1999 staunen die Hörer der NDR-Hamburg-Welle nicht schlecht. „Sozialsenatorin Karin Roth wird von der SPD-Fraktion offensichtlich an die kurze Leine gelegt. Der Vorgang selbst ist ungewöhnlich: Die Fraktion hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit den Plänen der Sozialsenatorin befassen soll, künftig möglichst alle sozialen Projekte in der Hansestadt im Zeitraum von 5 Jahren neu auszuschreiben. Seit Wochen regt sich Unruhe bei Initiativen, Träger und Wohlfahrtsverbänden, in den Parteien und auch in der SPD-Fraktion. Gestern nun beschloß die Fraktion, die Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit dem Thema befassen soll. Ihr gehören alle wichtigen Meinungsführer der SPD-Fraktion an: Denn es werden die Vorsitzenden des Gesundheits- und Sozialausschusses, die Fraktionsvorsitzenden und die Fraktionsgeschäftsführung in dem Gremium mitarbeiten“.

Diesem wachsenden Druck auch aus eigenen Reihen versuchte die Senatorin einen Tag später durch öffentliche Darlegung der Auswahl- und Entscheidungskriterien im Gesundheitsausschuss zu entgehen. Das misslang ihr allerdings gründlich und sie geriet in schwere See. Journalisten berichten tags darauf in der Presse: „Zu lautstarken, teilweise nicht mehr kontrollierbarem Eklat kam es gestern Abend im Gesundheitsausschuß der Bürgerschaft....Es ging um das seit Monaten umstrittene Ausschreibungsverfahren....Mit dem Machtanspruch einer Senatorin erklärte Karin Roth barsch, zu diesem Thema liege den Ausschuss-Mitgliedern eine vertrauliche Tischvorlage vor, zu der nun unausweichlich noch eine Erklärung abgegeben werden müsse....Nun bestand die Senatorin beinhart darauf, dass die in der BAGS für die Drogenhilfe zuständige Amtsleiterin Elisabeth Lingner eine Erklärung abgeben solle....Bislang stets als `geheim` behandelte Vorgänge zur Ausschreibung der Palette 3, die schon mehrfach das Parlament beschäftigt hatten, wurden von Frau Lingner nun in einer Art `Fünf-Minuten-Terrine´ zusammengerührt, die sich schnell als rechtsstaatlich ungenießbar

herausstellt. Als die Amtsleiterin begann, einen Behördenmix als angebliches Sündenregister des Palette-Vorstands herunter zu beten, gab es lautstarke Proteste...Nun zerbrach auch die mühsam gezeigte Fraktionsdisziplin der SPD-Vertreter. Der Ausschussvorsitzende Mathias Peters brach die Sitzung ab“ (Hamburger Morgenpost 01.09.1999). Für diesen Eklat sorgten die vorgetragenen „Kriterien für den Direktvergleich zwischen Palette e.V. und Jugend hilft Jugend e.V.“

<b>Kriterien für den Direktvergleich</b>	<b>Anbieter Palette e.V.</b>	<b>Anbieter Jugend hilft Jugend e.V.</b>
*	*	*
*	*	*
u.a.	u.a.	u.a.
Engagement in der Qualitätssicherungs-Debatte 022	Vehemente Kritik am Verlauf, Inhalt und Ergebnissen der bisher geführten QS-Diskussion, aber bisher noch kein konstruktiver eigener Ansatz, keine Vorlage eines eigenen Konzepts Mitwirkungsbereitschaft sehr gering. Öffentliche Kritik, QS-Vereinbarung stelle ein „behördliches Kontroll- und Lenkungsinstrument“ dar.	Mitwirkung an Rahmenvereinbarung und deren Fortschreibung, engagierte Weiterentwicklung der diesbezüglichen eigenen Trägerposition
	<b>Kriterienbezogene Wertung: Angebot ist <u>negativ</u> diskrepant</b>	<b>Kriterienbezogene Wertung: Angebot ist <u>positiv</u> diskrepant</b>
Konfliktkultur Des Anbieters Gegenüber Hilfe-System und Fach-Behörde 023	Anbieter betreibt eine offensive, oft gegen Senat und Bürgerschaft gerichtete „Öffentlichkeitsarbeit“. Das Konfliktverhalten des Anbieters gegenüber anderen Leistungsanbietern bewirkt Objektiv eine strukturelle Schwächung des Hilfesystems.	Konflikte mit dem Fachamt werden bilateral ausgetragen, Auslegungsdifferenzen bei Verträgen, Vereinbarungen werden konsensual geklärt. Keine Schwächung des übrigen Hilfesystems.
	<b>Kriterienbezogene Wertung: Angebot ist <u>negativ</u> diskrepant</b>	<b>Kriterienbezogene Wertung: Angebot ist <u>positiv</u> diskrepant</b>
*	*	*
*	*	*
*	*	*

Das Hamburger Abendblatt kommentierte diese Ereignisse am 03.09. „, Hamburgs Arbeits- und Sozialsenatorin Karin Roth ( SPD ) ist innerhalb weniger Monate in schweres Wetter geraten....Roth hat Risiken und Folgen der neuen Praxis nicht rechtzeitig bedacht....Und dann sind bei den ersten Ausschreibungen die falschen, weil politisch sensiblen Projekte, ausgewählt worden....Ein drohendes Fiasko vor Augen hat die SPD-Fraktion die Notbremse gezogen. Die SPD kann sich ein Scheitern Roths angesichts des Rücktritts ihrer Vorgängerin nicht leisten. Roth muss nun zum Kompromiß bereit sein....“

## Schweres Wetter auf See reitet man ab oder man dreht bei

Hatte Karin Roth die Entlassung von Mitarbeitern im Zusammenhang mit Ausschreibungen ursprünglich mit den Worten kommentiert, man müsse dies ernst nehmen, doch „das darf nicht dazu führen, dass wir beamtenähnliche Verhältnisse bei den freien Trägern haben – dann kann man sich Ausschreibungen gleich ganz sparen“, wurde sie in der Bürgerschaftssitzung am 04.09. vom traditionell mächtigen Haushaltsausschuss-Vorsitzenden der SPD mit den Worten gerüffelt, „die Senatorin ist die einzige, bei der ich diese Äußerung durchgehen lasse, weil sie eine tägliche Kündigungsfrist hat“. Das mittlerweile vom hochkarätig besetzten SPD-Arbeitskreis erarbeitete Gegenpapier zur Ausschreibungsvorlage der Senatorin wurde für Karin Roth in der öffentlichen Sitzung der Bürgerschaft zur Soll-Bruchstelle erklärt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende machte unmißverständlich klar, „wir gehen davon aus, dass unser Positionspapier in der Behörde umgesetzt wird“. Seine Vize fügte trocken hinzu, „es ist jedenfalls ein Risiko, es nicht zu tun“.

Im Positionspapier heißt es u.a.: „Die Einführung neuer Steuerungs- und Vergabeverfahren für Zuwendungen ist nicht nur von administrativer Bedeutung, sondern hat politisch-strategische Qualität....Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollte das neue Verfahren daher auf ausgewählte Bereiche beschränkt und konzentriert werden:

- Ausschreibungen bei neuen Maßnahmen oder Programmen;
- Ausschreibungen von Projekten, bei denen ein Trägerwechsel erforderlich wird, z.B. weil der Träger Vereinbarungen bzw. Verträge einseitig kündigt oder vereinbarte Leistungsnachweise verweigert, wenn das angestrebte Ziel mit der Maßnahme nicht zu erreichen ist, oder wenn Qualitätsmängel festgestellt werden;
- Ausschreibungen von laufenden Maßnahmen bei strukturellen Veränderungen im Bereich kofinanzierter Maßnahmen und aufgrund rechtlicher Neuregelungen....

Getroffene Entscheidungen sind hiervon nicht berührt...

Unbeschadet des Grundsatzes der Bekanntgabe ( Ausschreibung ) steht es Senat oder Bürgerschaft frei, durch politische Entscheidungen Bereiche zu bestimmen, in denen die Erfüllung von Aufgaben durch bestimmte freie oder staatliche Träger festgelegt und damit dem Verfahren der Bekanntgabe entzogen wird.“ ( Beschluss der SPD-Bürgerschaftsfraktion vom 13.09.1999 ).

Mittlerweile schreiben wir das Jahr 2001. Frau Roth macht weiter ihre Arbeit und es ist ruhiger geworden an der Ausschreibungsfront. Nachdenklichkeit ist eingeekehrt, aber kein Verzicht auf Ausschreibungen. Die werden an neuen Projekten exekutiert, mit den Alten wird ein anderer Umgang bei Fragen der Qualitätssicherung, der Wirtschaftlichkeit und der Notwendigkeit für die KlientInnen gesucht. Die aktuelle Ruhe ist die Ruhe der Vorwahlzeit in Hamburg. Die Wohlfahrtsverbände bleiben staatstragend und bei den kleinen Trägern geht eine verhaltene Angst um. Die ist mehr als berechtigt – nicht nur in Hamburg.

freiraum hamburg e.V. mußte Federn lassen, Palette e.V. wurde mächtig gefleddert und betreut trotz des Ausschreibungsdesasters so viele KlientInnen wie zuvor. Der Rest ist Schweigen.

Nur eins muß laut gesagt werden: Der Kampf hat sich nicht nur für die Palette e.V. gelohnt. Profitiert haben in Hamburg viele.